

Pressemitteilung Nr. 15 vom 28.05.2019

Gemeinsame Pressemitteilung von Umweltbundesamt und
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Umweltbewusstseinsstudie 2018: Bevölkerung erwartet mehr Umwelt- und Klimaschutz von allen Akteuren

Der Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz ist in der Bevölkerung in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Das ist ein Ergebnis der Umweltbewusstseinsstudie, die Bundesumweltministerin Svenja Schulze und die Präsidentin des Umweltbundesamtes (UBA) Maria Krautzberger heute vorgestellt haben. Die Bevölkerung ist mehrheitlich der Ansicht, dass relevante Akteure (Industrie, Bund, Kommunen) noch nicht genug für den Umwelt- und Klimaschutz tun – und sieht dabei auch ihr eigenes Engagement als Bürger*innen kritisch. Mit der Umweltbewusstseinsstudie untersuchen Bundesumweltministerium und UBA alle zwei Jahre, wie sich das Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Deutschen entwickelt. Für die aktuelle Studie wurden in der zweiten Jahreshälfte 2018 rund 4000 Personen befragt.

Die Studie zeigt, dass die Menschen Umweltschutz als Aufgabe aller Politikbereiche ansehen. In den Bereichen Landwirtschaft und Mobilität gibt es eine große Lücke zwischen dem Wunsch der Befragten, Umwelt- und Klima möglichst wenig zu belasten, und den wahrgenommenen Schwerpunkten der Politik in diesen Bereichen. Mit den Zielen der Energiewende sind die meisten der Befragten weitgehend einverstanden. Gleichzeitig ist die Mehrheit der Auffassung, dass die Energiewende zügiger gestaltet werden muss.

Bundesumweltministerin Schulze: „Die Umweltbewusstseinsstudie 2018 zeigt: Die Dringlichkeit des Umwelt- und Klimaschutzes ist in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger angekommen. Zugleich sieht die Mehrheit der Befragten Defizite beim Handeln. Diese Befunde verstehe ich als Auftrag. Der Staat muss für bessere Rahmenbedingungen beim Klimaschutz sorgen. Darum setze ich mich für einen sozial gerechten CO₂-Preis und ein verbindliches Klimaschutzgesetz ein. Die Befragten wünschen sich auch eine schnellere Energiewende. Das sehe ich ganz genauso. Hier gilt es, endlich die Bremse zu lockern beim Ausbau von Wind- und Sonnenenergie.“

**Pressesprecher & Referatsleiter
„Presse- und Öffentlichkeits-
arbeit, Internet“:**

Martin Ittershagen
martin.ittershagen@uba.de

Pressesprecher:

Felix Poetschke
felix.poetschke@uba.de

Stellvertretende

Pressesprecherin:

Laura Schoen
laura.schoen@uba.de

Pressehotline:

+49(0)340 2103 - 2245
pressestelle@uba.de

Rund zwei Drittel (64 Prozent) der Menschen in Deutschland schätzen Umwelt- und Klimaschutz als eine sehr wichtige Herausforderung ein – 11 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2016. Gerade in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr, Bau und Energie wünscht sich eine Mehrheit der Befragten, dass Umweltbelange eine übergeordnete Bedeutung einnehmen.

Der Zustand der Umwelt in Deutschland wird deutlich schlechter bewertet als in früheren Umfragen. Nur noch 60 Prozent der Befragten bewerten ihn als gut, bei der letzten Befragung waren es noch 75 Prozent. UBA-Präsidentin Krautzberger: „Der extrem trockene letzte Sommer machte die Folgen des Klimawandels auch in Deutschland erlebbar. Das Insektensterben, die Diskussion um die Luftqualität in den Städten oder der Plastikmüll in den Meeren zeigen, wie sehr unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet sind. Auch ich verstehe die Befragungsergebnisse als einen Aufruf an alle, das Handeln deutlich stärker an Umweltaspekten auszurichten.“

Die gestiegene Erwartungshaltung der Bevölkerung zeigt sich auch darin, dass das Handeln aller relevanten Akteure für Umwelt- und Klimaschutz schlechter bewertet wird als in früheren Erhebungen: Mit dem Engagement der Industrie sind nur 8 Prozent zufrieden („tut genug“/„tut eher genug“), mit dem der Bundesregierung 14 Prozent. Mit dem Engagement der Städte und Gemeinden sind 24 Prozent zufrieden und mit dem der Umweltverbände 71 Prozent. Auch ihr eigenes Engagement beurteilen die Bürger*innen kritisch: Nur 19 Prozent der Befragten finden, dass die Bürger*innen genug oder eher genug tun, vor zwei Jahren waren es mit 34 Prozent deutlich mehr.

Die diesjährige Studie enthält die drei Schwerpunktthemen Energie, Landwirtschaft und Verkehr:

Energie: Eine bemerkenswert hohe Zustimmung gibt es zu den Zielen und Strategien der Energiewende. 95 Prozent finden die Steigerung der Energieeffizienz durch neue Technologien für das Gelingen der Energiewende wichtig, 92 Prozent den Ausbau der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig sind 81 Prozent der Meinung, dass die Energiewende zu langsam vorangeht und 76 Prozent kritisieren, dass die Kosten der Energiewende zu ungleich verteilt seien.

Landwirtschaft: 68 Prozent der Befragten wünschen sich, dass Umwelt- und Klimaaspekte in der Landwirtschaftspolitik eine übergeordnete Rolle spielen. Für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft sind der Studie zufolge möglichst geringe Umwelt- und Klimabelastungen am wichtigsten (von 45 Prozent der Befragten auf Rang 1 gesetzt), gefolgt von der Versorgung mit vielfältigen, hochwertigen und gesunden

Lebensmitteln (von 43 Prozent auf Rang 1 gesetzt). Allerdings haben die Befragten mehrheitlich (86 Prozent) den Eindruck, dass sich die Landwirtschaftspolitik an den Interessen der Industrie orientiert. Dass sich die aktuelle Agrarpolitik am Umwelt- und Klimaschutz orientiert, meinen nur 22 Prozent der Befragten.

Verkehr: Umwelt- und Klimaschutz sollte nach Meinung von mehr als der Hälfte (53 Prozent) der Befragten auch in der Verkehrspolitik eine übergeordnete Bedeutung einnehmen. Im Detail ist den Befragten für die Entwicklung des Verkehrs am wichtigsten, dass Umwelt und Klima möglichst wenig belastet werden (von 50 Prozent auf Rang 1 gesetzt). Ebenfalls sehr wichtig ist, dass alle Menschen ihre Wege im Alltag bequem und kostengünstig zurücklegen können (von 40 Prozent auf Rang 1 gesetzt). Auch hier meint mit 89 Prozent jedoch eine Mehrheit der Befragten, die aktuelle Verkehrspolitik orientiere sich an den Interessen der Wirtschaft. Nur 27 Prozent haben den Eindruck, die Verkehrspolitik orientiere sich an den Interessen der Bürger*innen, und lediglich 21 Prozent meinen, sie orientiere sich am Umwelt- und Klimaschutz.

Links:

Zentrale Befunde der Studie:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2294/dokumente/4_ubs_2018_zentrale_befunde.pdf

Die Studie zum Download:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2018>

Pressesprecher: Martin Ittershagen
Pressesprecher: Felix Poetschke
Stellvertretende Pressesprecherin: Laura Schoen
Mitarbeiter: Martin Stallmann
Sekretariat: Cathleen Rieprich

Umweltbundesamt, Postfach 14 06, 06813 Dessau-Roßlau
Pressehotline: +49(0)340 2103 - 2245
E-Mail: vorname.nachname@uba.de
www.umweltbundesamt.de
[f/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt) [t/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)